

33

83

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Oktober 1983

Helmut Kohl appelliert erneut an Moskau

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Anfang dieser Woche seine Aufforderung an die Sowjetunion erneuert, endlich in Genf zu Kompromissen beizutragen. Der Bundeskanzler hofft, daß die Sowjetunion nach der sehr eindringlichen und klaren Darlegung der westlichen Position durch den Bundesaußenminister in Wien sich über die Festigkeit des Westens endlich keine Illusionen mehr macht.

Helmut Kohl sprach sich für weitere Verhandlungen in Genf auch nach einer Stationierung von Nachrüstungswaffen aus. Dies solle auch die Sowjetunion einsehen. Der Kanzler nannte es bedeutsam, daß Genscher und Gromyko über die „ganze Breite“ des deutsch-sowjetischen Verhältnisses gesprochen hätten. Die Sowjetunion teile, wie dabei deutlich geworden sei, die Ansicht der Bundesregierung, es liege im Interesse beider Seiten, die Beziehungen nicht auf das Thema der Raketen einzuengen, sondern sie auf der Grundlage des Moskauer Vertrages langfristig weiterzuentwickeln.

Auf die Frage in einem ZDF-Interview (16. 10. 1983): „Ihrer Regierung wird teilweise vorgeworfen, Sie hätten nicht genug Druck auf die amerikanische Seite in

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ UNO

Wir haben den Weg der Versöhnung und des Ausgleichs gewählt / Wortlaut der Rede von Bundespräsident Karl Carstens vor der UNO am 13. Oktober 1983
Seite 3

■ BERUFSBILDUNG

700 000 Jugendliche werden in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten
Seite 7

■ WIRTSCHAFTS-KRIMINALITÄT

Gesetzentwurf entspricht einer dringenden rechtspolitischen Aufgabe
Seite 11

■ CDU HAMBURG

Klares Bekenntnis zum Doppelbeschluss
Seite 13

■ Pflegekosten

Finanzierung der Pflegekosten neu regeln
Seite 14

■ DOKUMENTATION

Lage und Auftrag Berlins im Herbst 1983
grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Gesamtangebot
rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Genf ausgeübt“, stellte der Bundeskanzler fest: „Dies ist völlig absurd. Ich bin jetzt gerade 12 Monate im Amt. Ich bin ja nicht der Erfinder des NATO-Doppelbeschlusses. Im Jahre 1979 haben sich in der konkreten Situation der andauernden sowjetischen Überrüstung, auch der Stationierung der SS20-Raketen, die westlichen Regierungen, nicht zuletzt auch auf Raten meines Amtsvorgängers Bundeskanzler Helmut Schmidt, in diesen NATO-Doppelbeschluß zusammengefunden. Er hat zwei Teile. Der erste Teil, daß verhandelt wird, ernsthaft und seriös. Dies tun nun in der Tat die Amerikaner.

In diesen 12 Monaten habe ich viele Dutzende Briefe in Sachen Abrüstung und Entspannung mit dem amerikanischen Präsidenten gewechselt. Fast wöchentlich wurde zwischen dem Weißen Haus und dem Kanzleramt mündlich konferiert, etwa auf telefonischem Wege. Und der amerikanische Abrüstungsverhandler, Botschafter Nitze, ist ein Dauergast bei uns in Bonn. Bis in die Details hinein sind die Dinge abgesprochen worden. Ich habe in drei langen Gesprächen in diesem Monat mit dem amerikanischen Präsidenten unsere Position klagemacht. Außenminister Genscher war mehrmals zusätzlich in den Vereinigten Staaten. Einen engeren Kontakt kann man sich überhaupt nicht vorstellen.

Aber das gilt nicht nur für unsere Beziehungen und Kontakte zu den USA, sondern auch zu unseren Freunden in London, in Paris, in Den Haag, in Rom, um nur ganz wenige zu nennen. Die Europäer sind in der Sache völlig einig. Wir, die Bundesrepublik, stehen nicht allein. Wir sind völlig eingebettet in den gemeinsamen Willen und das gemeinsame Wollen der NATO-Mächte. Das ist die freie Welt, das ist die westliche Welt, das sind nicht zuletzt unsere amerikanischen Freunde.

Wer behauptet, hier wird nicht ernsthaft verhandelt, sagt bewußt die Unwahrheit. Das muß man klar und deutlich aussprechen. Daß die sowjetische Propaganda anders ist, das ist deren Sache. Nur, die Sowjetunion hat sich ja nicht bewegt, die Amerikaner haben immer wieder, mit uns abgestimmt, neue Vorschläge gemacht.

Der bevorstehende Abzug von bis zu 2000 amerikanischen Atomsprengköpfen aus Europa ist ein deutlicher Nachweis aus Europa der Abrüstungsbereitschaft und der Abrüstungsfähigkeit des Westens, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle. Nachdem 1979/80 im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß schon einmal 1000 amerikanische Atomsprengköpfe aus Westeuropa abgezogen worden waren, wird jetzt das verbleibende Potential noch einmal um ein Drittel reduziert.

Die CDU/CSU begrüßt diese Maßnahme sehr. Sie stellt einen deutlichen praktischen Nachweis unserer Politik des „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ dar. Diese tiefgreifende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme kann nicht wegdiskutiert werden.

Selbst wenn in diesem Jahr in Genf mit den Sowjets kein INF-Verhandlungsergebnis mehr erzielt werden sollte und die Nachrüstung deshalb beginnen muß, wird dadurch kein zusätzlicher Sprengkopf nach Europa kommen. Denn für jeden dann neu stationierten Sprengkopf wird entsprechend dem Modernisierungsplan des Doppelbeschlusses ein alter abgezogen werden.

Die Tatsache, daß mit diesem Abzug dann das Nuklearwaffenarsenal der NATO wieder auf das Niveau von vor mehr als 20 Jahren zurückgeschraubt wird, während der Warschauer Pakt ständig weiter aufrüstet, widerlegt klar die Behauptung, daß es der NATO um Aufrüstung und militärische Drohung gehe.

■ VEREINTE NATIONEN

Wir haben den Weg der Versöhnung und des Ausgleichs gewählt

Wortlaut der Rede von Bundespräsident Karl Carstens vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. Oktober 1983 in New York

Herr Präsident, ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung. Zum erstenmal in der Geschichte der Mitgliedschaft meines Landes in den Vereinten Nationen hat ein Präsident der Bundesrepublik Deutschland die hohe Ehre, vor diesem Weltforum zu sprechen. Vor zehn Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen. Mein heutiger Besuch ist eine Bekundung des hohen Ansehens, das die Vereinten Nationen in meinem Lande genießen. Gleichzeitig unterstreicht mein Besuch die große Bedeutung, die die Bundesrepublik Deutschland einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen für die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit beimißt.

Seit ihrer Gründung verfolgt die Bundesrepublik Deutschland eine Politik des Friedens. Sie ist Ausdruck unserer politischen Überzeugung, die sich auf die leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege in einem Jahrhundert stützt.

Diese Politik findet ihre Wurzeln aber auch in der Tradition deutscher Philosophen und Denker, die den Frieden als die Basis für das Wohlergehen jeder Nation bezeichnen. Vor 200 Jahren beschrieb einer der großen Philosophen Deutschlands,

Immanuel Kant aus Königsberg, die grundlegenden Prinzipien einer Weltfriedensordnung in einer Abhandlung, die sein tiefes Verständnis für die menschliche Natur widerspiegelt.

Der „Weltbürger“ in den Worten Immanuel Kants ist der Ausgangspunkt und gleichzeitig das Ziel von Recht und Politik. Für Immanuel Kant gibt es eine enge Verbindung zwischen der inneren Verfassung eines Staates und seiner auswärtigen Politik. Die innere Verfassung, das Rechtssystem eines Staates, beeinflussen unausweichlich auch sein Verhalten nach außen. Umgekehrt muß Ungerechtigkeit in Angelegenheit der auswärtigen Politik auch das innere Fundament des Staates ernsthaft gefährden.

Friede und Gerechtigkeit sind durch die Geschichte hindurch Sehnsucht und Traum der Menschheit gewesen, die Wirklichkeit aber sieht immer noch anders aus. Durch die Jahrhunderte bis in unsere Tage ist diese Welt zerrissen durch Kriege und Konflikte. Heute sind die Vereinten Nationen eine große Hoffnung der Menschheit. So unvollkommen sie auch sein mögen: Zu den Vereinten Nationen gibt es keine Alternative.

Mein Land hat aus den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges seine Konsequenzen gezogen. Wir haben den

Weg der Versöhnung und des Ausgleichs gewählt. Heute ist die Bundesrepublik Deutschland Teil der Europäischen Gemeinschaft. Gegner von gestern sind Freunde und Partner von heute geworden. Die Europäische Gemeinschaft ist ein einzigartiges Beispiel, was gemeinsame Ideale und Ziele erreichen können zum Nutzen von mehr als 300 Millionen Europäern und all jenen 62 Staaten der Dritten Welt, die mit uns im Rahmen der Konvention von Lome verbunden sind.

Die Atlantische Allianz verbindet Westeuropa mit den USA und Kanada. Diese Gemeinschaft sichert den Frieden in unserem Teil der Welt, der so oft das Schlachtfeld widerstrebender Machtinteressen gewesen ist. Von Militärpakten vergangener Zeiten unterscheidet sich die Atlantische Allianz durch ihren defensiven Charakter und durch die Identität gemeinsamer Werte: Friede, Gleichberechtigung, Demokratie und der Respekt vor den Rechten des einzelnen.

Seit über 30 Jahren verdanken wir diesem Bündnis Frieden und Sicherheit in Europa. Friede in Europa, lassen Sie mich hinzufügen, ist keine ausschließlich europäische Angelegenheit. Der Friedenszustand, den wir Europäer seit mehr als drei Jahrzehnten genießen dürfen, hat uns auch in den Stand gesetzt, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt zu entwickeln und auszubauen mit dem Ziel, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder im Interesse ihrer Menschen zu fördern.

Die Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland mit ihren östlichen Nachbarn geschlossen hat, haben zu einer Verminderung der Spannungen in Europa beigetragen und den Weg für neue Formen der Zusammenarbeit auf unserem Kontinent eröffnet. Die Bundesrepublik Deutschland

mißt dem fortdauernden Dialog und der friedlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas große Bedeutung bei. Die Schlußakte von Helsinki des Jahres 1975 und der Prozeß, den sie in Gang gesetzt hat, haben dem Gedanken der Menschenrechte, dem Streben nach engeren menschlichen Kontakten und der Politik des Spannungsabbaus zwischen Ost und West neue Kraft verliehen.

Die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik haben einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden den Weg geebnet. Diese Zusammenarbeit verstehen wir als ein Element und ein Mittel der Stärkung der Bande zwischen den Menschen im geteilten Deutschland.

Es bleibt das Ziel unserer Politik, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt. Die Grenze, die Deutschland zerschneidet, die Mauer, die quer durch unsere alte Hauptstadt Berlin verläuft, können nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Herr Präsident, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die zu einem Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau führen, gehören zu den zentralen Zielen deutscher Friedenspolitik. An vielen Verhandlungstischen ringen unsere Regierungen um eine Verminderung der Rüstung. Was wir dazu vor allem anderen brauchen ist Vertrauen. Darum mißt die Bundesrepublik Deutschland eine so große Bedeutung vertrauensbildenden Maßnahmen zu, die zu mehr Transparenz und Kontrolle führen.

Erste bedeutsame Resultate auf diesem Feld konnten in der Schlußakte von Helsinki erzielt werden. Die Konferenz über Abrüstung in Europa, wie sie das Doku-

Es reicht nicht aus, wenn wir nur bedauern, daß sich seit jenen Worten nicht viel geändert hat. Sie, Herr Generalsekretär, haben in Ihrem Bericht an die 37. Generalversammlung Hinweise gegeben, wie das Instrumentarium der Vereinten Nationen wirksamer für die Erreichung des Ziels der kollektiven Sicherheit nutzbar gemacht werden kann. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt Ihre Vorschläge.

Es bleibt unsere Verpflichtung gegenüber der Menschheit, keine Mühe zu scheuen, um die Ziele der UN-Charta zu verwirklichen, so schwierig und mühsam der Weg dorthin auch sein mag. Die moralische Führungsrolle der Vereinten Nationen und die universale Akzeptanz Ihrer Entscheidungen und Resolutionen werden entscheidend gefördert, je stärker sie als Ausdruck von Gerechtigkeit und politischer Weisheit erscheinen.

Die Vereinten Nationen spielen bei der Erarbeitung neuer Regeln internationalen Verhaltens und bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts eine bedeutsame Rolle. Das Völkerrecht bindet jeden: den Schwachen wie den Starken, die Souveränität der einzelnen Staaten und das Konzept der Universalität stehen in einem natürlichen Spannungsfeld. Hier liegt eine der großen Aufgaben unserer Weltorganisation: nach einem Gleichgewicht zwischen den Interessen des einzelnen Mitgliedsstaates und den wohlbegründeten Ansprüchen der Gesamtheit zu streben.

Ich glaube fest daran, daß der Gang der Geschichte wegführen wird von kurzsichtiger, egozentrischer Machtpolitik. Hegemonialstreben und das Trachten nach Dominanz haben in dieser Welt keine Zukunft. Immer mehr Staaten begreifen sich als Mitglied einer Weltgemeinschaft mit gleichen Rechten und gleichen Möglichkeiten. Es ist politisch weise, diese Ent-

wicklung mit Energie und Geduld zu fördern.

Herr Präsident, wir Deutsche bemühen uns, andere Völker, ihre Kultur und Geschichte zu verstehen und mit ihnen in Verbindung zu treten. Dies gilt nicht nur für Nord- und Südamerika, wohin Millionen von Deutschen ausgewandert sind, mit deren neuen Heimatländern uns heute noch mannigfaltige wirtschaftliche und kulturelle Bande verbinden. Dies gilt auch für den Fernen Osten, dessen Sprachen und Kulturen unsere Schriftsteller und Philosophen ebenso fasziniert haben wie die Sprachen und Kulturen des Nahen und Mittleren Ostens, wo Ursprünge der europäischen Zivilisation liegen.

Auch mit Afrika fühlen wir uns durch enge und freundschaftliche Beziehungen verbunden. ‚Toleranz‘ ist das Schlüsselwort für internationale Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen den Völkern.

Viele Jahre der Erfahrung im öffentlichen Leben und im Bereich internationaler Politik haben mir immer wieder vor Augen geführt, daß Toleranz, wie im privaten Bereich, in den Beziehungen zwischen den Staaten unerlässlich ist. Toleranz im zwischenstaatlichen Bereich bedeutet Respekt vor der historischen und kulturellen Identität jeder Nation und ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse. Die Bundesrepublik Deutschland, für die ich hier zu sprechen die Ehre habe, ist bereit, entsprechend den Zielsetzungen der UN-Charta Toleranz zu üben und als guter Nachbar mit allen Staaten im Frieden zu leben.

Ich wünsche den Vereinten Nationen und ihrer Arbeit für den Frieden Ausdauer und Erfolg. Das Ziel der Friedensbewahrung und die Hoffnungen der Menschheit in unsere Weltorganisation verdienen unseren vollen Einsatz.

BERUFSBILDUNG

700 000 Jugendliche werden in diesem Jahr einen Platz erhalten

Dem Berufsbildungsbericht 1983 kommt heute besonderes Interesse wegen der dort vorgenommenen Prognosen und Lageeinschätzungen zu, die sich heute an den Realitäten messen lassen können, stellte Bildungsminister Frau Dorothee Wilms im Bundestag fest.

Durch den persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers und durch die besonderen Anstrengungen der Bundesregierung ist es gelungen, daß in diesem Jahr so viele neue Ausbildungsverträge wie niemals zuvor abgeschlossen worden sind. Industrie und Handel haben zum Stichtag 30. September 1983 bei den bisher abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in ihrem Bereich einen Zuwachs von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr ermittelte, das Handwerk in seinem Bereich einen Zuwachs von 10,8 Prozent. Insgesamt meldet z. B. der Deutsche Industrie- und Handelstag heute ein Mehr von 24 300 Ausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr.

Wir können auf Grund der bislang vorliegenden Daten mit Sicherheit von einer Zunahme der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um ca. 38 000 gegenüber dem Vorjahr ausgehen. Die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge dürfte etwa 670 000 betragen. Eine so hohe Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge wurde bislang in keinem Ausbildungsjahr erreicht.

Daneben stehen nach den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit noch ca. 20 000 angebotene, bis jetzt unbesetzte Stellen.

Ohne den großen persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers und das große Engagement der Bundesregierung und vieler Politiker, die in diesem Jahr gehandelt und nicht hämisch geredet haben, hätten wir diese Rekordzahl an Verträgen nicht erreicht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch dies noch einmal erwähnen: Auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleben wir auch jetzt die Folgen einer 13jährigen SPD-geführten Politik!

Die Attraktivität der betrieblichen Berufsbildung für junge Menschen war offensichtlich nie so groß wie in diesem Jahr; noch nie haben sich so viele Jugendliche um Ausbildungsplätze beworben. Insgesamt wird eine Bewerberzahl erreicht, die wahrscheinlich bei etwa 714 000 liegt. Damit werden die bisherigen Nachfrage-Rekord-Jahre 1980 und 1982 um etwa 50 000 übertroffen.

Bei der Erstellung des Berufsbildungsberichts wurde von den Fachleuten für 1983 auf der bislang für alle Jahre geltenden Berechnungsbasis ein Bedarf von 655 000 Ausbildungsplätzen geschätzt. Auf dieser Geschäftsgrundlage mit einem Plus von 30 000 Lehrstellen wurde dem Bundeskanzler die Lehrstellenzusage durch die Wirtschaft gegeben und auch eingehalten. Diese Leistung der Wirtschaft in äußerst schwierigen Zeiten gilt es anzuerkennen. Ich möchte der Wirtschaft auch im Namen der gesamten Bundesregierung für diese große Ausbildungsleistung Dank sagen.

Die Prognose war jedoch aus heutiger Sicht nicht weitreichend genug. Dafür gibt es Gründe. Wichtigste Ursache ist das

veränderte Bildungsverhalten der jungen Menschen. Wegen zunehmend schlechter Aussichten in akademischen Berufen verzichten mehr Hochschulberechtigte auf ein Studium, um eine Berufsausbildung zu absolvieren. Etwa 20 000 Abiturienten mehr wollen in diesem Jahr einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Zwei Drittel der schwierig zu vermittelnenden Bewerber sind Mädchen, viele mit mittlerer Reife und sogar schulischer Berufsbildung. Viele Jugendliche schalten heute Ausbildungen hintereinander, ziehen Warteschleifen im Bildungswesen aus Sorge vor Arbeitslosigkeit.

Die Attraktivität der beruflichen Bildung ist enorm gewachsen. Die hängt auch damit zusammen, daß wir durch die mit Nachdruck geführten Kampagnen zur Erhöhung der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bei den Jugendlichen einen Mobilisierungseffekt erreicht haben. Die berufliche Bildung ist ökonomisch gesehen auch in der Vorstellung der jungen Leute ein knappes Gut geworden.

Das duale System ist keine Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Ausbildung kann Berufstätigkeit nicht ersetzen. 50 000 nicht vermittelte Bewerber bei einem Plus von 78 000 Vermittlungen bei den Arbeitsämtern zeigen in aller Deutlichkeit, daß aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage junge Menschen als Alternative zur Arbeitslosigkeit immer stärker Ausbildungsplätze nachfragen. Der eigentliche Mangel sind für viele junge Menschen Arbeitsplätze. Das Angebot an Ausbildungsplätzen kann dieser Nachfrage nie voll entsprechen.

Die Wirtschaft wird in den nächsten Wochen im Wege des Nachrückverfahrens weitere Ausbildungsplätze erneut anbieten und besetzen. So wurden im Vorjahr in den letzten drei Monaten des Jahres noch ca. 8 500 junge Menschen vermittelt.

Mit dem in der vergangenen Woche vom

Bundeskabinett beschlossenen einmaligen Sonderprogramm in Höhe von rund 160 Millionen DM werden zusätzlich etwa 7 000 bis 8 000 überbetriebliche Ausbildungsplätze aktiviert. Die Lehrlinge werden eine Ausbildungsvergütung bis zur Höhe der Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten, also bis zu 395 DM monatlich plus Sozialabgaben. Diese Zuwendung des Bundes für die Vergütung halte ich angesichts der schwierigen Situation für sinnvoll; denn es kommt jetzt darauf an, mit dem vorhandenen Geld möglichst vielen Jugendlichen eine Ausbildungschance zu geben.

Das Sonderprogramm stellt keinen Bruch mit dem dualen System dar. Aus ordnungspolitischen Gründen werden keine betrieblichen, sondern ausschließlich ausbildungsorganisierten Trägern in anerkannten Ausbildungsberufen gefördert.

Auch die Länder bleiben aufgefordert, ebenso wie die Wirtschaft in ihren Bemühungen, weitere Ausbildungsmöglichkeiten bis Ende des Jahres zu schaffen, nicht nachzulassen. Wir können nach allen Berichten, die uns vorliegen, davon ausgehen, daß etwa durch Länderangebote zusätzlich noch weitere 10 000 bis 15 000 Ausbildungsplätze in den nächsten Wochen bereitgestellt werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit wird ebenfalls für einen Teil der noch unvermittelten Bewerber zusätzliche Bildungsgänge, Grundbildungslehrgänge, MBSE-Maßnahmen einrichten. Hierdurch werden weitere etwa 5 000 Plätze angestrebt.

Mit diesen Maßnahmen und dem Engagement der Wirtschaft wird es gelingen, den größten Teil der bis zum 30. September noch unversorgten Jugendlichen unterzubringen. Ca. 700 000 Jugendliche werden in diesem Jahr eine Chance zur beruflichen Bildung erhalten, eine Leistung, um die wir in Europa beneidet werden.

INFORMATION

Mittel für das THW und den Katastrophenschutz erhöht

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat beschlossen, im Einzelplan 36 — Zivile Verteidigung — die Titel Ausgaben der Ortsverbände THW und Ausgaben für die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes — zum einen um 1 Mio. DM und zum anderen um 500 000 DM zu erhöhen. Trotz der Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt wurde dieser Titel aufgestockt, um die Arbeit der Helferorganisationen zu gewährleisten. Die zusätzlichen Mittel werden den Ortsverbänden für organisationseigene Zwecke zugewiesen. Durch die starke Steigerung der fixen Kosten sahen sich das THW und die anderen Katastrophenschutzverbände nicht mehr in der Lage, ihre Ausbildungsmaßnahmen in der bisherigen Form weiter durchzuführen. In diesem Jahr mußten schon eine Anzahl von Ortsverbänden ihre Ausbildung einstellen oder einschränken.

Mehr Bausparverträge

Nach zweijährigem Rückgang weist die Zahl der Bausparverträge in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine steigende Tendenz auf. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden erklärte, im 1. Quartal 1983 seien zwei Prozent und im 2. Quartal fast zehn Prozent mehr Bausparverträge abgeschlossen worden als vor Jahresfrist.

Erfreuliche Entwicklung bei Jugendreisen in die DDR

Von 1984 an will die Bundesregierung auch ein- und zweitägige Kurzreisen von Jugendgruppen in die DDR fördern. Die dafür notwendigen Verwaltungsvorschrif-

ten werden derzeit vorbereitet und so dann mit den Bundesländern abgestimmt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf die Frage hervor, welche Möglichkeiten zur Förderung von Kurzreisen von Jugend- und Schülergruppen in die DDR künftig verwirklicht werden können.

Die Bundesregierung konnte in diesem Zusammenhang auf eine durchaus positive Entwicklung bei der Zahl der Jugendreisen in die DDR in den letzten Jahren hinweisen. Danach betrug die Teilnehmerzahl von Schülerfahrten in die DDR 1979 nur 834, die mit 82 000 DM finanziell gefördert wurden. 1982 waren es bereits 5 019 Schüler mit finanziellen Förderungsmitteln in Höhe von 560 000 DM. Im ersten Halbjahr dieses Jahres fuhren 6 034 Schüler in die DDR. Sie erhielten aus Mitteln des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen finanzielle Zuschüsse in Höhe von 644 000 DM.

Regierungskurs bestätigt

Zur Vorlage des Oktober-Berichtes der Deutschen Bundesbank erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld): Die Politik der Bundesregierung hat eine erneute Bestätigung erfahren. In ihrem jüngsten Bericht stellt die Bundesbank fest, daß die Unternehmerträge in der Bundesrepublik Deutschland steigen und mehr investiert wird. Damit wird bekräftigt, daß der von uns eingeschlagene Weg in die richtige Richtung einer wirtschaftlichen Belebung führt. Wenn auch die Konjunktursituation in verschiedenen Branchen und Regionen noch Unterschiede zeigt, so wissen wir jetzt noch genauer: Die Gesundung des Haushalts, verbunden mit stetiger Senkung der Neuverschuldung, schafft die für das Wachstum nötige Vertrauensbasis und damit langfristig auch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.

CDU-Frauen: Mehr Lehrstellen für Mädchen

Daß Ausbildungskosten für Lehrlinge in Familienhaushalten in geeigneter Weise berücksichtigt werden, fordert der Bundesvorstand der Frauenvereinigung. Angesichts der Lehrstellenknappheit — besonders für Mädchen — müßten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Ausbildungsstellen zu schaffen. Eine solche Möglichkeit besteht nach Ansicht der CDU-Frauen im Familienhaushalt. Die Frauenvereinigung weist Vorwürfe, die CDU betriebe eine frauen- und familienfeindliche Politik, entschieden zurück. Sie stellt fest, daß Sparen notwendig ist, um Handlungsspielräume für politische Entscheidungen zu gewinnen. Die Frauenvereinigung begrüßt die Entscheidung der Regierung, das Mutterschaftsgeld spätestens ab 1. Januar 1987 auf alle Frauen auszudehnen. Allerdings bekräftigt sie ihre Forderung, die Bezugsdauer des Mutterschaftsgeldes nicht zu verkürzen. Mutterschaftsgeld und die Anerkennung der Erziehungsleistung in der Sozialversicherung sind wesentliche Beiträge zu mehr Wahlfreiheit.

Endlich Stopp der Gutachtenflut

Die CDU/CSU begrüßt die Maßnahmen des Forschungsministers Heinz Riesenhuber, die Gutachtenflut im Forschungsministerium entschieden einzudämmen, erklärt der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Christian Lenzer. Im Zeitraum 1972 bis 1982 wurden 1400 Gutachten und Studien für 486 Mio. DM vom Forschungsministerium vergeben. Die CDU/CSU hat in diesem Zusammenhang immer wieder auf diese Verschwendung von Steuergeldern hingewiesen. Die erstellten Gutachten sind teilweise noch nicht einmal mehr vor-

handen, geschweige, daß sie sorgfältig ausgewertet wurden. Eine halbe Milliarde DM für Gutachten und Studien im Forschungsministerium in zehn Jahren hat mehr zur Verwirrung der Forschungsförderung als zur Verbesserung beigetragen.

Mit dieser Praxis ist nun Schluß gemacht worden: Im Jahre 1983 wurden nur zwölf Gutachten und Studien neu begonnen mit 3,7 Mio. DM Gesamtausgaben. Die jetzt noch vergebenen Gutachten und Studien sind im wesentlichen konzentriert auf Weltraumforschung und -technik und Energieforschung zur Vorbereitung von Großprojekten. In der sozial-liberalen Ära wurden die Mittel für Gutachten und Studien auch benutzt, um nahestehende Gruppierungen zu unterstützen oder Gegner der Kernenergie.

Innerdeutsche Jugendbegegnungen

Deutsch-deutsche Jugendbegegnungen, die Friedensarbeit der Sportjugend, Bundesjugendplan und olympische Jugendlager 1984 waren u. a. Schwerpunkte eines Gesprächs, zu dem sich unter Leitung von Staatsminister a. D. Heinz Schwarz Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion aus dem Sportausschuß und dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit mit Mitgliedern des Vorstandes der Deutschen Sportjugend mit dem Vorsitzenden Peter Hanisch an der Spitze in Bonn trafen.

Nach ausführlicher Diskussion über das Verhältnis von Sport und Politik, seinen wechselseitigen Beziehungen und möglichen Gefährdungen, bestand Einvernehmen darin, daß alle Bemühungen der Sportjugend durch ihre Arbeit zur Festigung des Friedens beizutragen vor dem Hintergrund unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu sehen sind und das Ziel verfolgen, Sport in Frieden und Freiheit zu ermöglichen.

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Gesetzentwurf entspricht einer dringenden rechtspolitischen Aufgabe

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines 2. Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vorgelegt. Unstreitig handelt es sich bei der Eindämmung der Wirtschaftskriminalität um eine dringende rechtspolitische Aufgabe, da die Schadenssummen, die auf entsprechende Verhaltensweisen zurückzuführen sind, bei stark steigender Tendenz in den Jahren 1977 bis 1982 zwischen drei und acht Milliarden DM jährlich betragen.

In der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, die Wirtschaftskriminalität spiele sich ausschließlich im Bereich von Chefetagen ab und schädige in erster Linie den „kleinen“ Bürger. Die Untersuchungen der Kommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität haben jedoch gezeigt, daß die darunter zu verstehenden Unrechtshandlungen Folgeerscheinungen der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung sind und sich weder bei Tätern noch bei Opfern auf bestimmte Bevölkerungs- oder Berufsgruppen beschränken lassen. Klassenkämpferische Parolen im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität sind daher unangebracht, stellt der Abgeordnete Eicke Götz fest.

Im wesentlichen enthält der Gesetzentwurf der Bundesregierung Bestimmungen, die altes Recht an den technischen Fortschritt im Wirtschaftsleben anpassen. Neu eingeführt werden soll ein Straftatbestand des Computerbetrugs (§ 263a

StGB) und ein Tatbestand der Datenfälschung (§ 269 StGB). Für den juristischen Laien mag es erstaunlich sein, daß die herkömmlichen Tatbestände des Betrugs und der Urkundenfälschung nicht ausreichen, um entsprechende Unrechtshandlungen, die mit modernen Geräten der Datenbearbeitung begangen werden, zu begegnen. Tatsächlich muß jedoch nach heutigem Recht straffrei bleiben, wer einen Computer mit falschen Daten füttert oder sein Programm und/oder seine Arbeitsergebnisse manipuliert, um sich dadurch einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Grund: der geltende Betrugstatbestand setzt eine Irrtumserregung voraus. Irren kann sich jedoch nur ein Mensch, nicht dagegen ein Computer. Es ist deshalb wichtig, den strafrechtlichen Vermögensschutz auf die Fälle zu erweitern, in denen anstelle eines konkreten menschlichen Entscheidungsprozesses der Einsatz des Computers getreten ist. Ebenso muß mit Hilfe des neuen Straftatbestandes der Datenfälschung eine Strafbarkeitslücke geschlossen werden, die darin besteht, daß nicht sichtbar oder zumindest nicht unmittelbar lesbar gespeicherte Daten mangels visueller Erkennbarkeit strafrechtlich nicht vom geltenden Urkundenbegriff erfaßt werden, obwohl sie — ebenso wie Urkunden — zum Beweis im Rechtsverkehr bestimmt sind. Hier erfordert der technische Fortschritt die Ergänzung der bestehenden Strafvorschriften im Umkreis der Urkundendelikte. Die Bundesregierung möchte mit ihrem Gesetzentwurf außerdem einen neuen

Tatbestand des Kapitalanlagebetrugs (§ 264 a StBG) schaffen. Die SPD fordert darüber hinaus in einem eigenen Gesetzentwurf die Einführung des sogenannten „Ausschreibungsbetrugs“. Bei vollem Verständnis für das Anliegen beider Entwürfe bestehen erhebliche Bedenken gegen die unveränderte Übernahme der vorgeschlagenen Bestimmungen. Anders als beim herkömmlichen Betrug nach § 263 StGB soll die Strafbarkeit des Kapitalanlagebetrugs nicht mehr die Verursachung eines Vermögensschadens durch den Täter voraussetzen, sondern den Strafschutz in den Bereich der Gefährdung vorverlegen.

Die Notwendigkeit, einen Tatbestand des Ausschreibungsbetrugs einzuführen, wird damit begründet, daß Ermittlungsverfahren regelmäßig mit der Begründung eingestellt werden, daß sich zwar hinreichende Anhaltspunkte für eine Preisabsprache ergeben hätten, nicht aber dafür, daß mit Hilfe dieser Absprache einem überhöhten Angebot der Zuschlag verschafft wurde. Es läßt sich häufig nicht feststellen, ob ein Angebot überhöht war, weil es einen allgemein gültigen verbindlichen Marktpreis nicht gibt. Deshalb fehlt fast immer auch der für eine Bestrafung nach § 263 (Betrug) notwendige Nachweis eines Vermögensschadens auf der Seite des Ausschreibungsveranstalters.

Der Regierungsentwurf sieht neben den Änderungen des Strafgesetzbuches auch eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vor. Mit der Gesetzesänderung soll eine auch in strafrechtlicher Hinsicht bestehende Lücke geschlossen werden, die sich hinsichtlich des Veruntreuens von Arbeitsentgelt in solchen Fällen ergibt, in denen sich Personen unerlaubt als Verleiher von Leiharbeitnehmern betätigen. Es wäre unververtretbar, wenn diese Personen, die dabei tatsächlich die Stellung des Arbeitgebers einnehmen, hinsichtlich der Auszahlung des Arbeits-

entgelts besser gestellt würden als legale Arbeitgeber. Aus diesem Grund soll durch die Ergänzung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes auch der illegale Verleiher zur Zahlung des Sozialversicherungsbeitrages und sonstiger Teile des Arbeitsentgelts verpflichtet werden, mit der Folge, daß auch für ihn die neue Strafvorschrift des § 266 a StGB zutrifft.

Im Gegensatz zur Opposition hält es die CDU/CSU nicht für erforderlich, die unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung generell als kriminelle Verhaltensweise im Strafgesetzbuch aufzunehmen. Der Unrechtsgehalt einer derartigen Handlungsweise wiegt erst beim Hinzutreten weiterer Umstände (z. B. Ausbeutung der Arbeitnehmer, Steuerhinterziehung, Betrug) so schwer, daß eine Bestrafung mit einer Kriminalstrafe angebracht erscheint. Für solche Fälle hält jedoch das geltende Recht entsprechende Vergehenstatbestände bereit.

Europäisches Parlament besteht auf Weihnachtsbutter

Das Europäische Parlament hat mit klarer Mehrheit von der EG-Kommission verlangt, ihren Beschluß, in diesem Jahr keine Weihnachtsbutteraktion durchzuführen, sofort zu revidieren. Der von den deutschen Abgeordneten Heinrich Aigner (CSU) und Konrad Schön (CDU) sowie dem belgischen Abgeordneten Pol Marck im Namen der christlich-demokratischen Fraktion eingereichte Dringlichkeitsantrag wirft der Kommission vor, daß ihre Weigerung die europäischen Steuerzahler doppelt soviel kosten würde wie die vorgesehene Weihnachtsbutteraktion. Derzeit lagern in der EG rund 800 000 t Überschüßbutter. Der Vorschlag sieht vor, daß der Verbraucher bei Erwerb von zwei Kilo Butter zu normalen Marktpreisen ein drittes Kilo gratis bekommt, das entsprechend als Weihnachtsbutter gekennzeichnet ist.

CDU HAMBURG

Klares Bekenntnis zum Doppelbeschluß

Leicht hat es sich der Landesparteitag der Hamburger CDU nicht gemacht, als es darum ging, ein eigenes friedenspolitisches Papier zu erarbeiten. Denn eines stand für die rund 300 Delegierten fest: Mit Allgemeinplätzen ist weder der Sache des Friedens noch der Diskussion um den richtigen Weg zum Friedenserhalt gedient.

Das Papier, das der Parteitag dann nach mehrstündiger Diskussion einstimmig verabschiedete, kann für sich in Anspruch nehmen, zum einen ein klares Bekenntnis zum westlichen Verteidigungsbündnis und zum NATO-Doppelbeschluß abzulegen, zugleich aber die Sorgen und Ängste der Menschen, die nach Sinn und Aufgabe der heutigen Sicherheitspolitik fragen, ernst zu nehmen.

Hamburgs CDU-Chef Jürgen Echternach betonte denn auch: Auch wir finden uns mit einer hochgerüsteten Welt nicht ab, sondern wollen Rüstungskontrolle, wollen eine ausgewogene und gleichgewichtige Abrüstung auf möglichst niedrigem Niveau. Aber, und dieser Aspekt werde in den derzeitigen Auseinandersetzungen weitgehend vernachlässigt: Die Ursachen der Spannungen zwischen Ost und West seien weniger in der Rüstung mit Waffen begründet, als vielmehr in der prinzipiellen Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur.

Die Sowjetunion fühlt sich nicht durch unsere Waffen, sondern durch unsere Idee der Freiheit bedroht. Sie rüstet deshalb auch nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken.

In der Einbringung des Leitantes des

Landesvorstandes hatte Echternach scharf den Mißbrauch Hamburger Schüler für die einseitigen Ziele der sogenannten „Friedensbewegung“ kritisiert. Zwar sei es richtig, wenn Eltern, Lehrer und Schüler sich gemeinsam mit Frieden und Freiheit und dem richtigen Weg zur Sicherung befaßten. Eine andere Sache aber seien die Aktionen der Lehrgewerkschaft GEW, der es weniger um wohlausgewogene Information als vielmehr um einseitige Agitation und nur mühsam pädagogisch verbrämte Propaganda gehe.

Die GEW setze auf den Vorrang der Emotionen, wenn sie z. B. die einseitige Abrüstung als allein richtige politische Doktrin, den Frieden zu sichern, propagiere und gleichzeitig jede Friedenssicherung mit Waffen als „Kriegsvorbereitung und Kriegspolitik“ diffamiere. Und wenn die GEW in einer „Handreichung für Lehrer“ allein die einseitigen sicherheitspolitischen Positionen der „Friedensbewegung“ vertrete und in anderen Materialien auffordere, die Reden von Hitler und Reagan zu vergleichen, dann sei das eine unerträgliche Demagogie, die die Rechte von Eltern und Kindern verletze und die ohnehin erschreckende Polarisierung der Straße in die Klassenzimmer verlege.

Die GEW-Aktionen seien jedoch — so Echternach weiter — nicht unerwartet und nicht von ungefähr gekommen. Sie hätten sich gerade in Hamburg lange genug auf dem Nährboden sozialdemokratischer Schulpolitik entwickeln können. So habe gerade der Hamburger Schulsenator Grolle sich dem vermeintlichen „Zeitgeist“ angepaßt und in der Friedensdiskussion in Wort und Tat die Argumente der „Friedensbewegung“ übernommen.

■ PFLEGEKOSTEN

Finanzierung der Pflegekosten neu regeln

Die Bundesregierung prüft derzeit Alternativen zur Sozialhilfe bei der sozialen Sicherung der Pflegebedürftigkeit. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Werner Chory, erläuterte bei der Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Landkreistages die Modelle, die zur Diskussion stehen: die Erweiterung der gesetzlichen Krankenversicherung, einer eigenständigen Pflegeversicherung und eines Pflegegesetzes sowie flankierende Maßnahmen im steuerlichen Bereich.

Die Vorschläge werden zur Zeit — so Chory — auf Kosten und Verwirklichungsmöglichkeit im System der sozialen Sicherung hin überprüft. Noch in diesem Jahr wird die Bundesregierung dem Bundestag einen Bericht über die verschiedenen Vorschläge vorlegen, der auch Möglichkeiten für Einstiegslösungen aufzeigen soll.

„Die Kosten der Pflege in Einrichtungen sind von 1970 — soweit sie von den Trägern der Sozialhilfe bezahlt wurden — von 980 Millionen DM auf 4,3 Milliarden DM im Jahre 1980 angestiegen. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung wäre für 1990 mit Ausgaben allein bei der Sozialhilfe in Höhe von 10 Milliarden DM zu rechnen. Vor allem wegen der Auswirkungen für die alten Menschen kann es nicht so bleiben wie bisher. Bei Heimkosten von 2000, 3000 und mehr DM sind bereits heute über 70

Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen auf Sozialhilfe angewiesen.

Es ist niemanden einsichtig zu machen. Ein Pflegebedürftiger im Pflegeheim setzt seine ganze Rente ein und das Sozialamt muß den Rest bezahlen. Kommt ein Pflegebedürftiger dagegen in ein Krankenhaus, dann bezahlt die Krankenkasse alles und er behält die Rente zu 100 Prozent.“ sagte Werner Chory, der den kommunalen Spitzenverbänden zusicherte, darüber mit ihnen im Kontakt zu bleiben.

Jede denkbare Lösung werde auch davon abhängen, so der Staatssekretär, daß mehr Pflegebedürftige als bisher zu Hause gepflegt und die dazu nötigen Hilfen geschaffen würden. Ambulante Dienste wie die Sozialstationen von freien Trägern oder Kommunen hätten hier schon viel bewirkt.

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, führe hierzu ein Modellprogramm durch, das einen Schwerpunkt in der Verstärkung der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung haben wird. „Gerade diese beiden Leistungen müssen ausgebaut werden, um die häusliche Pflege so zu sichern, daß der Weg des Pflegebedürftigen in stationäre Unterbringung möglichst vermieden oder aufgeschoben wird. Denn pflegende Angehörige, Nachbarn oder freiwillige Helfer sind häufig nicht in der Lage, Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung über mehrere Jahre ohne Entlastung zu tragen. Wir müssen ihnen diese Entlastung zukommen lassen, damit nicht die Pflegenden von heute auf Grund langjähriger Überforderung die Pflegefälle vor morgen werden.“ unterstrich Werner Chory. Es sei oft menschlicher und vernünftiger — und in vielen Fällen auch ökonomischer — soziale Dienste zu den Menschen zu bringen als Menschen in sozialen Einrichtungen unterzubringen.

STICHWORTE

Rückkehrhilfe
für Ausländer

Die Bundesregierung hat dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur befristeten Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern vorgelegt. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Folgendes ist vorgesehen: Arbeitnehmer aus Jugoslawien, Korea, Marokko, Portugal, Spanien, Tunesien und der Türkei können eine Rückkehrhilfe erhalten, wenn sie infolge eines Konkurses oder einer Betriebsstilllegung arbeitslos werden bzw. mindestens seit einem halben Jahr von Kurzarbeit betroffen sind. Die Höhe der Rückkehrhilfe beträgt 10500,— DM. Die Zahlung der Rückkehrhilfe ist von der gleichzeitigen Rückkehr der Familie abhängig. Für jedes Kind zahlt der Bund noch einmal 1500,— DM.

Allerdings reduziert sich der Grundbetrag von 10500,— DM vom zweiten Monat der Arbeitslosigkeit an, und zwar für jeden angefangenen Monat um 1500,— DM für Arbeitslose und um 750,— DM für Kurzarbeiter.

Weiter soll über staatlich begünstigte Spareinlagen, etwa in Bausparverträgen, Sparverträgen oder vermögenswirksamen Lebensversicherungsverträgen, vor Ablauf der gültigen Festlegungsfristen verfügt werden dürfen, ohne daß die staatlichen Prämien verlorengehen. Arbeitnehmerbeiträge aus der Rentenversicherung sollen ohne Wartefrist sofort erstattet werden können.

Die Rückkehrhilfen sollen nur bis Ende Juni 1984 ermöglicht werden. Den Kosten für diese Maßnahmen stehen Einsparungen beim Arbeitslosen- und Kindergeld sowie längerfristig auch bei der Rentenversicherung gegenüber.

Die ausländischen Arbeitnehmer können selbstverständlich frei darüber entscheiden, ob sie die gesetzlichen Leistungen in Anspruch nehmen und in ihre Heimat zurückkehren wollen oder nicht. Es wird damit gerechnet, daß etwa 60000 Menschen aufgrund dieses Gesetzes die Bundesrepublik verlassen.

Abiturienten
in Lehrberufen

Wenn die bisherige Entwicklung unverändert anhält, wird die Zahl der Studenten zwischen 1980 und 1990 von 1 Million auf 1,5 Millionen ansteigen. Im gleichen Zeitraum wird die Zahl der betrieblichen Auszubildungsverhältnisse von 1,7 Millionen auf 1 Million zurückgehen. Damit kämen zwei Lehrlinge auf drei Studenten. Gemessen am gegenwärtigen wie am zukünftigen Bedarf des Arbeitsmarktes ist die Zahl der Hochschulabsolventen so hoch, daß die Berufschancen für Akademiker in vielen Bereichen immer schlechter werden. Daher suchen gegenwärtig bereits etwa 59% mehr Abiturienten als im letzten Jahr Ausbildungsalternativen in der beruflichen Bildung. Für sie muß das Ausbildungsangebot unter Berücksichtigung des technologischen Wandels sowohl in herkömmlichen als auch in neuen Ausbildungsberufen erhöht werden, die sich von ihrem Anspruch, ihren Ausbildungsinhalten und Zielen her in besonderer Weise für Abiturienten eignen. Aufgabe der Bildungsberatung muß es sein, zu einer Bewußtseinsänderung beizutragen; die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie das Studium an einer Hochschule. „Wenn junge Männer und junge Frauen aus dem Studium ausscheiden und eine Ausbildung im dualen System suchen, sollten wir alles tun, um sie zu ermutigen. Die Akademisierung der Berufswelt hat in den letzten Jahren nicht mehr Glück über unser Land gebracht.“ (Bundeskanzler H. Kohl)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Ausgestiegen

Ich werfe (der SPD-Parteiführung) vor, daß sie mit ihrer gegenwärtigen Taktiererei über die Aussagen der Sozialdemokratie zum NATO-Doppelbeschluß die Grundlagen sozialdemokratischer Friedenspolitik verrät. Der NATO-Doppelbeschluß, der eine sozialdemokratische Politik formulierte, von Schmidt initiiert, ging davon aus, daß der Frieden durch die Diktatur, durch die militärische Rüstung der Sowjetunion und durch die Rüstungsspirale überhaupt bedroht ist. Er wollte diese beiden Bedrohungen bekämpfen und auf diese Weise den Frieden sichern.

Indem die SPD sich jetzt faktisch von diesem Beschluß verabschiedet, ohne dies deutlich zu machen, gibt sie nicht zu — obwohl das der Hintergrund dieser neuen SPD-Politik ist —, daß sie die Bedrohung durch die Sowjetunion nicht mehr zur Kenntnis nimmt, ja daß sie sie sogar tabuisiert. Und weil sie das nicht zugeben will, sondern so tun will nach außen, als sei sie immer noch konsequent in der Logik des Doppelbeschlusses, ist sie gezwungen zu ihrer Eigenlegitimation, den Amerikanern die Schuld

zu geben daran, daß diese Politik nicht zum Erfolg führt. So gerät sie wirklich in den Zwang mit den Argumenten der Sowjetunion gegen die Amerikaner zu argumentieren.

Ich mache damit zunächst den Parteivorsitzenden Brandt verantwortlich... Die Entspannungspolitik war am Anfang richtig. Aber die Sowjetunion hat trotz der Entspannungspolitik weiter aufgerüstet. Die Parole von Brandt hätte modifiziert werden müssen. Das hat er nicht getan. Er hat Schmidts Versuch, die Entspannungspolitik realistisch zu retten, unterminiert, weil er seine eigene Position nicht modifizieren wollte. Und er hat schon da begonnen, den Amerikanern die Schuld dafür zu geben, daß der Frieden nicht auf Dauer sicherer geworden ist. Das setzt sich bis heute fort. Es gibt Protagonisten dieser Politik mit Eppler und Lafontaine. Auch Bahr hat aus zum Teil anderen, weil mehr nationalen Motiven diese Politik gestützt. Und ein neuer Schub ist durch Hans-Jochen Vogel entstanden, der als Fraktionsvorsitzender als Repräsentant der moderaten Linie und der Logik des Doppelbeschlusses galt, aber in Wirklichkeit schon akzeptiert hatte, daß innerparteilich die Gegner des Doppelbeschlusses gesiegt haben.

Prof. Gesine Schwan, Freie Universität Berlin, Mitglied der SPD-Grundwerte-Kommission, im Heute-Journal, 12. Oktober 1983

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD